

Beschreibung: Der Kamm einer Uniaurysche, 74 mm breit, hohlt 40 Dg. Bei Wiederholungen: Robott, 50r Oht- und Muskantimereis 20 Dr. extra. Im Kartureidillen wird der bemittelte Robott hintällig. Erfindungsart für das Einlegen von Sorberungen in Sublo. Passigen-Einnahme bis 40 Uhr vernünftigs.

41. Jahrgang.

„Ja) Weig — Weig — nicht Boden.
(Fortsetzung folgt.)

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 14. Mai 1914.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst **Staatsreise**. In der Session des Abgeordnetenhauses wird der Antrag des Finanzministeriums beauftragt.

Hr. v. Goltz (kons.) die gefällige Regelung der Staatsreise des Abgeordneten in der Weise, daß der Abgeordnete ohne besonderen Antrag eine Pension zu empfangen vermag.

Finanzminister Dr. Lohse: Eine vorläufige Prüfung der Pensionen hat ergeben, daß die Staatsreise eines Abgeordneten in einen Reiseentwurf zur Erhaltung der Besoldung der Abgeordneten einzuordnen ist. Wenn wir die Pensionen der Abgeordneten abschaffen würden, so würden wir 48 Millionen mehr ausgeben. Zudem würden wir die Besoldung der Abgeordneten für die Zukunft übersteigern, bei jeder Gehaltserhöhung auch die Pensionen der Abgeordneten entsprechend zu erhöhen. Ich bitte daher, die hier gestellten Anträge abzulehnen.

Beichtstatter (kons.) teilt mit, daß die Budgetkommission den Antrag des Abgeordneten angenommen hat und daß er nunmehr als besonderer Haushaltsantrag vorliegt.

Hr. v. Goltz (kons.): Ich glaube doch, daß die Regierung angesichts der wiederholten einstimmigen Beschlüsse des Hauses noch einmal in Erwägung über ein Gesetz treten wird, wie den Verhältnissen der Abgeordneten Gerechtigkeit werden kann. Es wäre wünschenswert, wenn im Reich und in Preußen dieselben gesetzlichen Bestimmungen getroffen werden. Wir werden für den Antrag der Abgeordneten stimmen, der sich fast völlig mit dem Entwurf des Abgeordneten vom 8. März 1913 deckt. Zum Schluß bitte ich den Minister, einen geeigneten Entwurf zu stellen, der die Rechte der Abgeordneten nach den Verhältnissen und den Verhältnissen der Abgeordneten und deren Witwen durch Besoldung in ähnlicher Weise ersetzt.

Hr. Schröder (kons.) und **Strödel (kons.)** bedauern den ablehnenden Standpunkt des Ministers. Durch einen Schlußantrag wird die Debatte hierüber beendet.

Hr. Goltz (kons.) bedauert, daß ihm nun umsofort die Pension der Abgeordneten zu empfangen vermag. Hoffentlich wird er noch im Laufe der Session auf diesen Punkt zurückkommen zu können.

Der Antrag des Abgeordneten wird einstimmig angenommen. Es werden dann die aus dem Etat des Finanzministeriums und dem Etat der Eisenbahnenverwaltung stammenden Titel betr. Dienstentgelt und Pensionen angenommen. Hieran folgt eine Reihe von Anträgen, die die Besoldung der Abgeordneten betreffen. Der Antrag des Abgeordneten wird einstimmig angenommen. Es werden dann die aus dem Etat des Finanzministeriums und dem Etat der Eisenbahnenverwaltung stammenden Titel betr. Dienstentgelt und Pensionen angenommen.

Finanzminister Dr. Lohse: Das Schicksal der Besoldung der Abgeordneten im Reich ist kein Anlaß, daß die Besoldung der Abgeordneten nicht hier in Preußen verabschiedet werden kann. Die Staatsreise wird auch hier in Preußen als Reiseentwurf zur Erhaltung der Besoldung der Abgeordneten einzuordnen ist. Wenn wir die Pensionen der Abgeordneten abschaffen würden, so würden wir 48 Millionen mehr ausgeben. Zudem würden wir die Besoldung der Abgeordneten für die Zukunft übersteigern, bei jeder Gehaltserhöhung auch die Pensionen der Abgeordneten entsprechend zu erhöhen. Ich bitte daher, die hier gestellten Anträge abzulehnen.

Hr. v. Goltz (kons.): Ich glaube doch, daß die Regierung angesichts der wiederholten einstimmigen Beschlüsse des Hauses noch einmal in Erwägung über ein Gesetz treten wird, wie den Verhältnissen der Abgeordneten Gerechtigkeit werden kann. Es wäre wünschenswert, wenn im Reich und in Preußen dieselben gesetzlichen Bestimmungen getroffen werden. Wir werden für den Antrag der Abgeordneten stimmen, der sich fast völlig mit dem Entwurf des Abgeordneten vom 8. März 1913 deckt. Zum Schluß bitte ich den Minister, einen geeigneten Entwurf zu stellen, der die Rechte der Abgeordneten nach den Verhältnissen und den Verhältnissen der Abgeordneten und deren Witwen durch Besoldung in ähnlicher Weise ersetzt.

Hr. Schröder (kons.) und **Strödel (kons.)** bedauern den ablehnenden Standpunkt des Ministers. Durch einen Schlußantrag wird die Debatte hierüber beendet.

Hr. Goltz (kons.) bedauert, daß ihm nun umsofort die Pension der Abgeordneten zu empfangen vermag. Hoffentlich wird er noch im Laufe der Session auf diesen Punkt zurückkommen zu können.

Der Antrag des Abgeordneten wird einstimmig angenommen. Es werden dann die aus dem Etat des Finanzministeriums und dem Etat der Eisenbahnenverwaltung stammenden Titel betr. Dienstentgelt und Pensionen angenommen. Hieran folgt eine Reihe von Anträgen, die die Besoldung der Abgeordneten betreffen. Der Antrag des Abgeordneten wird einstimmig angenommen. Es werden dann die aus dem Etat des Finanzministeriums und dem Etat der Eisenbahnenverwaltung stammenden Titel betr. Dienstentgelt und Pensionen angenommen.

Finanzminister Dr. Lohse: Das Schicksal der Besoldung der Abgeordneten im Reich ist kein Anlaß, daß die Besoldung der Abgeordneten nicht hier in Preußen verabschiedet werden kann. Die Staatsreise wird auch hier in Preußen als Reiseentwurf zur Erhaltung der Besoldung der Abgeordneten einzuordnen ist. Wenn wir die Pensionen der Abgeordneten abschaffen würden, so würden wir 48 Millionen mehr ausgeben. Zudem würden wir die Besoldung der Abgeordneten für die Zukunft übersteigern, bei jeder Gehaltserhöhung auch die Pensionen der Abgeordneten entsprechend zu erhöhen. Ich bitte daher, die hier gestellten Anträge abzulehnen.

Hr. v. Goltz (kons.): Ich glaube doch, daß die Regierung angesichts der wiederholten einstimmigen Beschlüsse des Hauses noch einmal in Erwägung über ein Gesetz treten wird, wie den Verhältnissen der Abgeordneten Gerechtigkeit werden kann. Es wäre wünschenswert, wenn im Reich und in Preußen dieselben gesetzlichen Bestimmungen getroffen werden. Wir werden für den Antrag der Abgeordneten stimmen, der sich fast völlig mit dem Entwurf des Abgeordneten vom 8. März 1913 deckt. Zum Schluß bitte ich den Minister, einen geeigneten Entwurf zu stellen, der die Rechte der Abgeordneten nach den Verhältnissen und den Verhältnissen der Abgeordneten und deren Witwen durch Besoldung in ähnlicher Weise ersetzt.

Hr. Schröder (kons.) und **Strödel (kons.)** bedauern den ablehnenden Standpunkt des Ministers. Durch einen Schlußantrag wird die Debatte hierüber beendet.

Hr. Goltz (kons.) bedauert, daß ihm nun umsofort die Pension der Abgeordneten zu empfangen vermag. Hoffentlich wird er noch im Laufe der Session auf diesen Punkt zurückkommen zu können.

Der Antrag des Abgeordneten wird einstimmig angenommen. Es werden dann die aus dem Etat des Finanzministeriums und dem Etat der Eisenbahnenverwaltung stammenden Titel betr. Dienstentgelt und Pensionen angenommen. Hieran folgt eine Reihe von Anträgen, die die Besoldung der Abgeordneten betreffen. Der Antrag des Abgeordneten wird einstimmig angenommen. Es werden dann die aus dem Etat des Finanzministeriums und dem Etat der Eisenbahnenverwaltung stammenden Titel betr. Dienstentgelt und Pensionen angenommen.

Finanzminister Dr. Lohse: Das Schicksal der Besoldung der Abgeordneten im Reich ist kein Anlaß, daß die Besoldung der Abgeordneten nicht hier in Preußen verabschiedet werden kann. Die Staatsreise wird auch hier in Preußen als Reiseentwurf zur Erhaltung der Besoldung der Abgeordneten einzuordnen ist. Wenn wir die Pensionen der Abgeordneten abschaffen würden, so würden wir 48 Millionen mehr ausgeben. Zudem würden wir die Besoldung der Abgeordneten für die Zukunft übersteigern, bei jeder Gehaltserhöhung auch die Pensionen der Abgeordneten entsprechend zu erhöhen. Ich bitte daher, die hier gestellten Anträge abzulehnen.

Hr. v. Goltz (kons.): Ich glaube doch, daß die Regierung angesichts der wiederholten einstimmigen Beschlüsse des Hauses noch einmal in Erwägung über ein Gesetz treten wird, wie den Verhältnissen der Abgeordneten Gerechtigkeit werden kann. Es wäre wünschenswert, wenn im Reich und in Preußen dieselben gesetzlichen Bestimmungen getroffen werden. Wir werden für den Antrag der Abgeordneten stimmen, der sich fast völlig mit dem Entwurf des Abgeordneten vom 8. März 1913 deckt. Zum Schluß bitte ich den Minister, einen geeigneten Entwurf zu stellen, der die Rechte der Abgeordneten nach den Verhältnissen und den Verhältnissen der Abgeordneten und deren Witwen durch Besoldung in ähnlicher Weise ersetzt.

Hr. Schröder (kons.) und **Strödel (kons.)** bedauern den ablehnenden Standpunkt des Ministers. Durch einen Schlußantrag wird die Debatte hierüber beendet.

Hr. Goltz (kons.) bedauert, daß ihm nun umsofort die Pension der Abgeordneten zu empfangen vermag. Hoffentlich wird er noch im Laufe der Session auf diesen Punkt zurückkommen zu können.

Der Antrag des Abgeordneten wird einstimmig angenommen. Es werden dann die aus dem Etat des Finanzministeriums und dem Etat der Eisenbahnenverwaltung stammenden Titel betr. Dienstentgelt und Pensionen angenommen. Hieran folgt eine Reihe von Anträgen, die die Besoldung der Abgeordneten betreffen. Der Antrag des Abgeordneten wird einstimmig angenommen. Es werden dann die aus dem Etat des Finanzministeriums und dem Etat der Eisenbahnenverwaltung stammenden Titel betr. Dienstentgelt und Pensionen angenommen.

Finanzminister Dr. Lohse: Das Schicksal der Besoldung der Abgeordneten im Reich ist kein Anlaß, daß die Besoldung der Abgeordneten nicht hier in Preußen verabschiedet werden kann. Die Staatsreise wird auch hier in Preußen als Reiseentwurf zur Erhaltung der Besoldung der Abgeordneten einzuordnen ist. Wenn wir die Pensionen der Abgeordneten abschaffen würden, so würden wir 48 Millionen mehr ausgeben. Zudem würden wir die Besoldung der Abgeordneten für die Zukunft übersteigern, bei jeder Gehaltserhöhung auch die Pensionen der Abgeordneten entsprechend zu erhöhen. Ich bitte daher, die hier gestellten Anträge abzulehnen.

Hr. v. Goltz (kons.): Ich glaube doch, daß die Regierung angesichts der wiederholten einstimmigen Beschlüsse des Hauses noch einmal in Erwägung über ein Gesetz treten wird, wie den Verhältnissen der Abgeordneten Gerechtigkeit werden kann. Es wäre wünschenswert, wenn im Reich und in Preußen dieselben gesetzlichen Bestimmungen getroffen werden. Wir werden für den Antrag der Abgeordneten stimmen, der sich fast völlig mit dem Entwurf des Abgeordneten vom 8. März 1913 deckt. Zum Schluß bitte ich den Minister, einen geeigneten Entwurf zu stellen, der die Rechte der Abgeordneten nach den Verhältnissen und den Verhältnissen der Abgeordneten und deren Witwen durch Besoldung in ähnlicher Weise ersetzt.

Hr. Schröder (kons.) und **Strödel (kons.)** bedauern den ablehnenden Standpunkt des Ministers. Durch einen Schlußantrag wird die Debatte hierüber beendet.

Hr. Goltz (kons.) bedauert, daß ihm nun umsofort die Pension der Abgeordneten zu empfangen vermag. Hoffentlich wird er noch im Laufe der Session auf diesen Punkt zurückkommen zu können.

Der Antrag des Abgeordneten wird einstimmig angenommen. Es werden dann die aus dem Etat des Finanzministeriums und dem Etat der Eisenbahnenverwaltung stammenden Titel betr. Dienstentgelt und Pensionen angenommen. Hieran folgt eine Reihe von Anträgen, die die Besoldung der Abgeordneten betreffen. Der Antrag des Abgeordneten wird einstimmig angenommen. Es werden dann die aus dem Etat des Finanzministeriums und dem Etat der Eisenbahnenverwaltung stammenden Titel betr. Dienstentgelt und Pensionen angenommen.

Finanzminister Dr. Lohse: Das Schicksal der Besoldung der Abgeordneten im Reich ist kein Anlaß, daß die Besoldung der Abgeordneten nicht hier in Preußen verabschiedet werden kann. Die Staatsreise wird auch hier in Preußen als Reiseentwurf zur Erhaltung der Besoldung der Abgeordneten einzuordnen ist. Wenn wir die Pensionen der Abgeordneten abschaffen würden, so würden wir 48 Millionen mehr ausgeben. Zudem würden wir die Besoldung der Abgeordneten für die Zukunft übersteigern, bei jeder Gehaltserhöhung auch die Pensionen der Abgeordneten entsprechend zu erhöhen. Ich bitte daher, die hier gestellten Anträge abzulehnen.

Hr. v. Goltz (kons.): Ich glaube doch, daß die Regierung angesichts der wiederholten einstimmigen Beschlüsse des Hauses noch einmal in Erwägung über ein Gesetz treten wird, wie den Verhältnissen der Abgeordneten Gerechtigkeit werden kann. Es wäre wünschenswert, wenn im Reich und in Preußen dieselben gesetzlichen Bestimmungen getroffen werden. Wir werden für den Antrag der Abgeordneten stimmen, der sich fast völlig mit dem Entwurf des Abgeordneten vom 8. März 1913 deckt. Zum Schluß bitte ich den Minister, einen geeigneten Entwurf zu stellen, der die Rechte der Abgeordneten nach den Verhältnissen und den Verhältnissen der Abgeordneten und deren Witwen durch Besoldung in ähnlicher Weise ersetzt.

Hr. Schröder (kons.) und **Strödel (kons.)** bedauern den ablehnenden Standpunkt des Ministers. Durch einen Schlußantrag wird die Debatte hierüber beendet.

Hr. Goltz (kons.) bedauert, daß ihm nun umsofort die Pension der Abgeordneten zu empfangen vermag. Hoffentlich wird er noch im Laufe der Session auf diesen Punkt zurückkommen zu können.

Der Antrag des Abgeordneten wird einstimmig angenommen. Es werden dann die aus dem Etat des Finanzministeriums und dem Etat der Eisenbahnenverwaltung stammenden Titel betr. Dienstentgelt und Pensionen angenommen. Hieran folgt eine Reihe von Anträgen, die die Besoldung der Abgeordneten betreffen. Der Antrag des Abgeordneten wird einstimmig angenommen. Es werden dann die aus dem Etat des Finanzministeriums und dem Etat der Eisenbahnenverwaltung stammenden Titel betr. Dienstentgelt und Pensionen angenommen.

Finanzminister Dr. Lohse: Das Schicksal der Besoldung der Abgeordneten im Reich ist kein Anlaß, daß die Besoldung der Abgeordneten nicht hier in Preußen verabschiedet werden kann. Die Staatsreise wird auch hier in Preußen als Reiseentwurf zur Erhaltung der Besoldung der Abgeordneten einzuordnen ist. Wenn wir die Pensionen der Abgeordneten abschaffen würden, so würden wir 48 Millionen mehr ausgeben. Zudem würden wir die Besoldung der Abgeordneten für die Zukunft übersteigern, bei jeder Gehaltserhöhung auch die Pensionen der Abgeordneten entsprechend zu erhöhen. Ich bitte daher, die hier gestellten Anträge abzulehnen.

Hr. v. Goltz (kons.): Ich glaube doch, daß die Regierung angesichts der wiederholten einstimmigen Beschlüsse des Hauses noch einmal in Erwägung über ein Gesetz treten wird, wie den Verhältnissen der Abgeordneten Gerechtigkeit werden kann. Es wäre wünschenswert, wenn im Reich und in Preußen dieselben gesetzlichen Bestimmungen getroffen werden. Wir werden für den Antrag der Abgeordneten stimmen, der sich fast völlig mit dem Entwurf des Abgeordneten vom 8. März 1913 deckt. Zum Schluß bitte ich den Minister, einen geeigneten Entwurf zu stellen, der die Rechte der Abgeordneten nach den Verhältnissen und den Verhältnissen der Abgeordneten und deren Witwen durch Besoldung in ähnlicher Weise ersetzt.

Hr. Schröder (kons.) und **Strödel (kons.)** bedauern den ablehnenden Standpunkt des Ministers. Durch einen Schlußantrag wird die Debatte hierüber beendet.

Das vom Staatssekretär angeführte Beispiel ist klar und berechtigt: Obgleich England zur Zeit sich in aufgebesserten Beziehungen zu Deutschland befindet, pflegt doch die englische Presse die zahllosen und bösartigen Ausfälle der russischen Zeitungen gegen Deutschland als etwas normales zu betrachten, dagegen über jede Erwiderung, die sich ein deutsches Blatt gestattet, ein strenges Gericht zu halten. Es wird mit ungemeinem Maße gemessen. Das zeigt sich auch darin, daß man in England für die Ausfälle der russischen Presse nicht die russische Regierung verantwortlich macht, während die deutschen Gegenartikel ohne weiteres dem Berliner Auswärtigen Amt in die Schuhe geschoben werden, obwohl es doch zweifellos steht, daß in England die Presse abhängig ist und in Deutschland preßgesetzliche Freiheit herrscht.

Wir haben schon in früheren Jahren wiederholt darauf hingewiesen, daß Deutschland und der ganze Weltfabrikant, der die öffentliche Meinung der Welt fabriziert wird, ganz bedeutend ins Hintertreffen geraten ist. Die Feinde Deutschlands in England und in Frankreich arbeiten inheimisch, ziehen mit raffinierten Geschicken an der Diskreditierung Deutschlands, und sie finden in der englischen Presse wirksame Helfer, die zum Teil benutzt, zum Teil in ihrer Auffassung an demselben Strang ziehen. Frankreich stellt das ganze gebildete Europa, das Englische ist Weltsprache. In den großen Vorteilen, den die Gegner Deutschlands an dem sprachlichen Gebiet haben, kommt die vorzügliche Organisation des Nachrichtendienstes für die ganze Welt von London und Paris aus. Es wird wirklich die höchste Zeit, daß man in unseren leitenden Kreisen ernstlich die Frage erwägt, was zu tun ist, um den Tatsachen und den Ansichten, auf die wir Wert legen müssen, rechtzeitig Vorbereitung und Beachtung in der Weltpresse zu verschaffen. Und wenn es auch Geld, viel Geld kostet, es lohnt sich! Deutschland muß unbedingt seine publizistische Aktion veranlassen.

Der Staatssekretär war natürlich diplomatisch genug, um nicht die russische Regierung öffentlich verantwortlich zu machen, für die dortige Presse. Aber von dem kalten Wasserstrahl bekommt auch das offizielle Ausland einen Teil ab, und es klingt ziemlich froh, wenn der Staatssekretär schließlich sagte: „Ich habe Grund der Annahme, daß auch die russische Regierung ungeachtet der Treibereien an dem freundschaftlichen Zusammenleben festhalten wird.“

In diesem Zusammenhang zu dieser Rede haben die sehr warmen Worte, die Herr v. Jagow nach Rumänien richtete, offenbar in der Absicht, die Wiederannäherung der dortigen öffentlichen Meinung an Österreich zu befördern.

Im übrigen brachte die Rede nichts Überraschendes — was die Hauptsache ist — nichts Beunruhigendes. Die Augenwunden sind: Wir brauchen Ausdauer, denn unsere weltpolitischen Bäume wachsen zwar, aber nur langsam.

Deutsches Reich.

2. Berlin, 14. Mai 1914. Die schon seit Jahren schwebenden Verhandlungen zwischen Reich und Bundesstaaten über eine neue Grundlage für die Verteilung der durch die Verwaltung der Röhre und Verkehrsabgaben entstehenden Lasten, haben insofern zu einem Ergebnis geführt, als jetzt den Bundesregierungen bestimmte neue Vorschläge des Reichs vorgelegt worden sind. Die Vorschläge der Bundesregierungen, besonders der süddeutschen, und unter diesen an erster Stelle der elsässisch-lotharingischen, stützen sich auf die Behauptung, daß die bisherigen Entschädigungen des Reichs unzulänglich seien, und daß die Bundesstaaten aus ihren eigenen Mitteln für die Erhebung von Reichsabgaben finanzielle Opfer bringen müßten. Um eine neue Grundlage zu schaffen, ist eine Änderung der Verfassung notwendig, zu der die Reichsleitung auch in ihren Vorschlägen ihre Zustimmung gegeben hat. — Nach einer Meldung aus Paris an Prince hat sich die Regierung Dattis nunmehr bereit erklärt, die dem deutschen Reichsangehörigen Peters (Schiedsrichter) zugewiesene Entschädigung wegen Verletzung seines Sögenwerts während der Revolution zu zahlen.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat gestern einen Antrag des Abgeordneten, die Staatsregierung zu ersuchen, die gefällige Regelung der Besoldung der Abgeordneten in der Weise vorzunehmen, daß den Abgeordneten ohne besonderen Antrag eine Pension zu empfangen vermag. In der Erörterung wurde von einzelnen Seiten hervorgehoben, daß es an sich erwünscht sei, eine Besoldungserhöhung erst erfolgen zu lassen, wenn eine Lebensversicherung mit der Lebensversicherung verbunden sei. Immerhin sei es erwünscht, schon jetzt eine Besoldungserhöhung vorzunehmen. Die Kommission hat den Antrag von Goltz für eine geeignete Unterlage und befindet sich einstimmig dessen Annahme. Der Kommissionsbeschluss kam schon in der an anderer Stelle mitgeteilten gestrigen Verhandlung des Abgeordnetenhauses zur Verhandlung.

Die Unterredungskommission des Abgeordnetenhauses trat in der letzten Sitzung in die Beratung folgenden Antrages des Zentrums ein: Die Staatsregierung zu ersuchen, möglichst bald dem Abgeordnetenhaus gefällige Maßnahmen vorzuschlagen, wodurch auch den nicht mit Kooperationsrechten versehenen katholischen Ordensangehörigen die Erlangung der Reichsbürgerrechte ermöglicht wird. In der einstimmigen Debatte erklärte der nationalkonservative Reichstagsabgeordnete, daß seine politischen Freunde dem Antrag zustimmen würden; bei einer gefälligen Regelung der Angelegenheit werde er seine Arbeit gemacht werden. Nach dem Antrag sei nicht zu übersehen, wie weit sich die Verleihung der Reichsbürgerrechte erstrecken solle. Der konservative Redner erklärte auch an, daß die letzte Lage der katholischen Orden unhaltbar sei. Seine Partei würde auf dem Boden des Antiklerikalismus stehen, wenn in demselben das Wort „den“ gestrichen werde. Der Redner des Zentrums erklärte sich mit der Fassung einverstanden. Ein Vertreter der freikonservativen Partei brachte einen Antrag ein, in dem unter Voraussetzung auf das Gesetz von 1888 verwiesen wird, durch welches die Verleihung der Reichsbürgerrechte bestimmten katholischen Ordensangehörigen ermöglicht wird. Der Antrag des Zentrums wurde dann angenommen.

Der Antiklerikalismus des Reichstagsabgeordneten aus der Frankfurter „Sta.“ berichtet in seinen. In politischen Kreisen gehe das Gerücht, daß Herr von Bethmann Hollweg das traurige Ereignis des Hinsterbens seiner Gattin zum Anlaß nehmen werde, um das bisher verbotene Amt des Reichstagsabgeordneten zu bekleiden. Der Reichstagsabgeordnete erklärte sich mit der Fassung einverstanden. Ein Vertreter der freikonservativen Partei brachte einen Antrag ein, in dem unter Voraussetzung auf das Gesetz von 1888 verwiesen wird, durch welches die Verleihung der Reichsbürgerrechte bestimmten katholischen Ordensangehörigen ermöglicht wird. Der Antrag des Zentrums wurde dann angenommen.

Der Antiklerikalismus des Reichstagsabgeordneten aus der Frankfurter „Sta.“ berichtet in seinen. In politischen Kreisen gehe das Gerücht, daß Herr von Bethmann Hollweg das traurige Ereignis des Hinsterbens seiner Gattin zum Anlaß nehmen werde, um das bisher verbotene Amt des Reichstagsabgeordneten zu bekleiden. Der Reichstagsabgeordnete erklärte sich mit der Fassung einverstanden. Ein Vertreter der freikonservativen Partei brachte einen Antrag ein, in dem unter Voraussetzung auf das Gesetz von 1888 verwiesen wird, durch welches die Verleihung der Reichsbürgerrechte bestimmten katholischen Ordensangehörigen ermöglicht wird. Der Antrag des Zentrums wurde dann angenommen.

Der Antiklerikalismus des Reichstagsabgeordneten aus der Frankfurter „Sta.“ berichtet in seinen. In politischen Kreisen gehe das Gerücht, daß Herr von Bethmann Hollweg das traurige Ereignis des Hinsterbens seiner Gattin zum Anlaß nehmen werde, um das bisher verbotene Amt des Reichstagsabgeordneten zu bekleiden. Der Reichstagsabgeordnete erklärte sich mit der Fassung einverstanden. Ein Vertreter der freikonservativen Partei brachte einen Antrag ein, in dem unter Voraussetzung auf das Gesetz von 1888 verwiesen wird, durch welches die Verleihung der Reichsbürgerrechte bestimmten katholischen Ordensangehörigen ermöglicht wird. Der Antrag des Zentrums wurde dann angenommen.

penonare gleichzeitig die Indemnität der Arbeiter, die Witwen- und Waisenrenten sowie die Rente der Invaliden erhöht werden. Entgegenstand der Erhöhung der Pensionen und Invalidenrente für Staatsbeamte soll weiter die Invalidenrente erhöht werden.

Die Überfüllung im höheren Beamtenstand. Mit Rücksicht auf die andauernde Überfüllung des höheren Beamtenstandes hat das badische Unterrichtsministerium eine tief einschneidende Maßnahme getroffen; es hat über 60 Beamten auf Oberlehrerstellen eröffnet, daß für sie in absehbarer Zeit keine Aussicht auf Verwendung im Staatsdienst sei, und daß sie sich so bald als möglich nach einer andern Beschäftigung umsehen sollten. Bei Besprechung dieser leidigen Verhältnisse in einer der letzten Sitzungen der zweiten badischen Kammer empfahl der Zentrumsführer, Prof. Wirth den Übergang zum Offiziersberuf, der gegenwärtig die besten Aussichten biete.

Rückgang der freien Gewerkschaften. Das Jahr 1913 war für die sozialdemokratischen freien Gewerkschaften erheblich ungünstiger als die beiden vorausgegangenen Jahre. Vom dritten Vierteljahr 1912 zum dritten Vierteljahr 1913 betrug der Rückgang an Mitgliedern in den freien Gewerkschaften zusammen rund 20.000. Die Gesamtzahl der Mitglieder stellte sich also immer noch auf 2,57 Millionen. Im Jahre vorher hatten die Gewerkschaften eine Steigerung ihrer Mitgliederzahl von 13 bis 8 Prozent aufzuweisen. Der Rückgang an Mitgliedern im vergangenen Jahre hat auch im Jahre 1914 in den wichtigsten Organisationen angehalten. Beteiligt an dem Rückgang sind ziemlich gleichmäßig alle Gewerkschaften. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung muß man den Plan der Bildung einer gemeinsamen Kasse aller Gewerkschaften bei der Generalversammlung ansehen. Die Aufgabe dieser Kasse soll sein, einzelnen Organisationen bei Lohnkämpfen Unterstützungen zu gewähren, um zu verhindern, daß eine Gewerkschaft in einem Kampfe nahezu alle Mittel einbüßt. Vorgeschlagen ist eine Beitragsquote von jährlich einer Mark für jedes Mitglied der einzelnen Gewerkschaften. Daraus würde der gemeinsamen Kasse also eine jährliche Einnahme von rund 2,5 Millionen Mark erwachsen. Der nächste Gewerkschaftskongress wird über die Schaffung dieser zentralen Unterstützungsorgane beschließen. Die Absicht, eine zentrale Streikliste zu begründen, deutet wohl darauf hin, daß die kleineren Gewerkschaften mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Eine neue Auflage gegen die Sozialdemokratischen Blätter. Der Reichsminister v. Falkenhahn einen neuen Strafantrag gegen die „blutige Rose“, gestellt habe, und zwar wegen einer Äußerung, die sie in der Freiburger „Freien Volksstimme“ vom 7. März getan hat. Sie hat behauptet, daß in der deutschen Armee Soldaten-Mißhandlungen auf der Tagesordnung stehen. Darin steht der Reichsminister mit Recht den ihm von der Presse vorgelegten Tatsachen gegenüber bei der Unterdrückung der Soldaten-Mißhandlungen.

Ein Jesuit als Spion. Fast die ganze liberale Presse Deutschlands gab in den letzten Tagen eine Notiz wieder, die der Berliner Korrespondent der Londoner Daily Mail in diesem Blatt veröffentlichte und von der er behauptet, daß sie in Deutschland geheim gehalten würde und nicht zur Kenntnis der Öffentlichkeit gekommen ist. Nach dieser Information soll ein französischer Jesuit in Elsass-Lothringen systematisch Spionage zugunsten Frankreichs betrieben haben. In den militärischen Telegraphenabteilungen Elsass-Lothringens bemerkt man seit langer Zeit, daß die drablose Verbindung mit den verschiedenen Punkten an der französischen Grenze häufig auf geheimnisvolle Weise gestört wurde, ohne daß es gelang, den Grund hierfür aufzufinden zu machen. Schließlich wurde auf dem Wege eines Jesuiten-Priesterseminars in Metz eine drablose Station entdeckt, mit deren Hilfe die militärischen Behörden in Frankreich über wichtige deutsche Militärangelegenheiten unterrichtet wurden. Der Apparat wurde sofort beschlagnahmt. Was gegen den fahrbaren Priester unternommen wurde, ist nicht bekannt geworden. Hierzu erfahren wir von maßgebender Stelle: 1. In Metz besteht ein „Jesuiten-Priesterseminar“. 2. Es ist unwahrscheinlich, daß man in Metz eine drablose Station entdeckt habe, mit deren Hilfe die militärischen Behörden in Frankreich über wichtige deutsche Militärangelegenheiten unterrichtet worden seien. 3. Es ist unwahrscheinlich, daß ein französischer Jesuit in Elsass-Lothringen systematisch Spionage zugunsten Frankreichs betrieben habe. — Diese Information von maßgebender Stelle wäre aber nicht notwendig gewesen. Denn jeder mündige Deutsche weiß, daß es im heutigen deutschen Reich zwar kein Jesuiten-Priesterseminar gibt, dafür aber ein Ausnahmefall gegen die Jesuiten, das Niederlassungsverbot der Jesuiten verbietet und ihnen jede Verührung des religiösen Gebietes untersagt. Die blühende Mission, die jetzt über den Kanal herüber in die gedanklose, jesuitische deutsche Presse übergegangen ist, gesteht bald hier bald dort. Vor einiger Zeit wurde sie von Österreich erzählt. Darum sollte man immer wieder darauf achten und hohes Interesse verdienen, es, ihr immer wieder ein neues Gewand anzulegen.

Einen gefährlichen Weg bereiten manche führende Kreise des evangelischen Volkstums, sobald es sich um soziale Fragen, insbesondere um die Stellungnahme zur Sozialdemokratie handelt. Auf einem Verbandstage der evangelischen Arbeitervereine der Pfalz in Haffel referierte Herr Barthelmeier (Rheinisch-Westfälische) über die Frage: Kann ein Sozialdemokrat Mitglied eines evangelischen Arbeitervereins werden? Der Referent bejahte die Frage in vollem Umfange. Die Wahlprüfungen der evangelischen Arbeitervereine „Küchte Gott“ und „Ehre den König“ seien kein Hindernisgrund, Sozialdemokraten als Mitglieder aufzunehmen. Nach Barthelmeier ist die Sozialdemokratie „ein notwendiges Glied unseres heutigen wirtschaftlichen Lebens.“ Die Lösung „von Bismarck bis Weimar“ war dem Redner sympathischer, wie die Sammlung der bismarckischen Partei. — Das Bedenken, daß die Stellungnahme zur Sozialdemokratie ein notwendiges Glied unseres heutigen wirtschaftlichen Lebens ist, ist in religiöser und vaterländischer Hinsicht für den Umkehr zu machen. —

kw. Nürnberg, 14. Mai 1914. In der Kirchenversammlung St. Willibrod in Nürnberg wollten die Katholiken eine Fronleichnamspiegelung abhalten. Das einschlägige evangelische Pfarramt suchte den Nürnberg Magistrat, das Gesetz der

Katholiken abzuweisen, da in der Abhaltung der Fronleichnamspiegelung eine Gefährdung der religiösen Frieden liegt. Die liberale Nürnberger Stadtverwaltung stellte sich auf den Standpunkt der protestantischen Pfarramt und lehnte das Gesetz der Katholiken ab. Lediglich die Sozialdemokraten, die beiden Vorsteher und zwei Magistratsräte stimmten für Gewährung der Fronleichnamspiegelung. Die Sache ist ein neuer Beweis, in welcher hohem Grade die Kulturkampfstimmung in den Köpfen der Liberalen liegt, wie weit aber auch ein großes Schlaglicht auf die Toleranz des Protestantismus.

— Breslau, 13. Mai 1914. Die Gesamtzahl der Unterzeichneten der schlesischen Quereinheit durch die gegen die Begünstigung der Quereinheit durch „Sich Berlin“ Einspruch erhoben, beträgt nunmehr 767. Die schlesische Volkszeitung veröffentlicht eine nichtjüngere, aus leeren Ausfällen bestehende Antwort, die der Berliner Verband vorstand dem Kapitalmarkt auf den Protest der Präsidenten vom 22. April, dem sich die vielen hundert Unterzeichneten angeschlossen haben, gefandt hat. Im Anschluß daran bringt die schlesische Volkszeitung die ausführliche Entgegnung der Präsidenten, unterzeichnet von den Pfarrern Weidner aus Olschitz, Herrmann aus Groß-Rohrden und dem Statutarius Klapper aus Breslau-Röglwitz. In dieser Entgegnung wird scharf mit dem Berliner Verbandswort abgerechnet; es wird erklärt, daß die Antwort absolut nicht genüge.

An der ersten Forderung, daß der Verbandswort die Beziehungen des Grafen Oederhoff und des Pfarrers Niebohm mit deren Namensnennung öffentlich im „Arbeiter“ mitteilen, müßte unbedingt festgehalten werden; daß bei der Vergebung der Verbandsmittel unbedingt notwendig. Den Unterzeichneten konnte es gar nicht in den Sinn, den Verband in politische Schwierigkeiten hineinzuziehen, sondern man wollte eben den Verband vor politischen Schwierigkeiten bewahren. Auf den zweiten Punkt, daß die Sekretäre angewiesen werden sollen, sich nicht mehr im Sinne der Verordnungen des Grafen Oederhoff und des Pfarrers Niebohm zu betätigen, gele die Antwort gar nicht ein. Das sei außerordentlich bedauerlich; denn gerade hierauf müßte sehr großer Wert gelegt werden, da seitens der Funktionäre des Verbandes die sogenannten Quereinheitsblätter, samt mit deren Verordnungen, überall propagiert würden. Aber nicht nur seitens der Funktionäre. Der Verordnungsblattes habe den Präsidenten mit eindringlichen Worten das Abkommen von Wahrheit und Wahrheit empfohlen. Kopien aus dem St. Bonifatius-Berlin Teil der Verordnungen in einer Vorlesung und Vertretungsmannerversammlung erklärt: „Bei Lesen der schlesischen Zeitungen empfinde ich so viel, wie dem Leser des Verordnungsblattes, aber wenn ich „Katholik und Wahrheit“, die „Betrücker“ und „Das katholische Deutschland“ lese, dann bin ich angenehm berührt.“ Diesen Ausführungen sei in keiner Weise entgegengetreten worden. Die Erklärung schließt: wir sind in der Notwendigkeit versetzt, öffentlich festzustellen, daß der Berliner Verbandswort keine Religion hat, den von mehr als 760 schlesischen Geistlichen als notwendig erklärten Verordnungen zustimmen. Für die hieraus sich ergebenden Konsequenzen trägt der Berliner Verbandswort die Verantwortung; er hat durch seine zweideutige Haltung und Unnachgiebigkeit diese Entwicklung herbeigeführt.

Ausland.

Eine Verstärkung seiner Flotte wird von Österreich geplant. Im Österreichischen Reichstag wurde die österreichische Delegation gab der Kriegsmarine eine Erklärung über den Stand der österreichischen Marine und erklärte, daß wegen Aufschaffung der größeren Umlänge Verhandlungen mit verschiedenen Unternehmungen eingeleitet worden seien. Er sprach die Hoffnung aus, daß die österreichische Marineindustrie sich an den Lieferungen nachbeteiligen werde.

Ein deutsch-böhmischer Katholikentag. Neben dem niederösterreichischen Katholikentag soll nun auch für Deutsch-Böhmen ein solcher veranstaltet werden. Die Tagung findet am 15. und 16. August in der Wallfahrtsort Maria Schönbach bei Teplitz statt. Neben aus dem In- und Ausland werden die dringenden Zeitprobleme besprochen.

Der belgische Schulstreik. Der belgische Senat nahm gestern nach monatelanger Verpöschung das Gesetz von der 2. Kammer erließige Schulgesetz mit 57 Stimmen der Katholiken an. Die Antiklerikale und Sozialisten, verließen bei der Abstimmung den Saal.

Greuelstaten eines belgischen Kolonialoffiziers. Der oberste Kolonialgerichtshof in Brüssel beschloß sich am Dienstag mit der Angelegenheit des Kommandanten Martin, der 1912 in Dinkelsbühl in Kamerun im Kamerun-Gebiet an der portugiesischen Grenze war. In dieser Angelegenheit hat er sich Greuelstaten aufzuheben kommen lassen, die sich die belgische Kolonialmacht kaum erfinden kann. Das Gericht in Kamerun verurteilte ihn zu zwölf Jahren Gefängnis. Er wurde in die belgische Marine verbannt. Der Offizier wird vorbestraft, daß er 17 Eingekerkerten, Männern, Frauen und Kindern, getötet hat. Er verurteilte einen Dämonen und sieben schwarze Träger. Die Flüchtigen, weil sie bestraft wurden. Er ließ sie binden, verurteilte und schickte einen nach dem anderen mit seinem Revolver nieder. Ähnlich verfuhr er mit drei Frauen und einem Knaben. Erst durch die parlamentarische Verhandlung wurde erreicht, daß Martin in Brüssel vor Gericht gestellt wurde. In der Verhandlung bekannte der Verteidiger Martins, daß der Verurteilte ein antisemitischer Mensch sei. Das Gericht ließ sich seinen Ausführungen an und beauftragte eine Untersuchungskommission mit der Untersuchung des Angeklagten.

Die französischen Flottenmanöver im Mittelmeer haben heute begonnen. Die Flotte A, die von Konteradmiral Lacaze befehligt wird, geht nach Biserta, die Flotte B unter Konteradmiral Escadriet ihren Kurs nach Westen und wird ihren Kurs bei Beginn der Manöver 25 Meilen nördlich von Port Mahon einschlagen.

Den Tiefstand des französischen Parlamentarismus kennzeichnet der Aufruf eines Abgeordneten der Normandie an seine Wähler aus der Zeit der Wahlkampagne, den das Wort „Rein Journal“ veröffentlicht.

Wenn ihr mich wählt, werde ich dem Volkstum immer dienbar sein. Ich möchte in Paris in einem Hotel nahe dem Louvre, wo man mich immer einladen kann, ohne mich zu bemühen. Wenn ich einen Tag und dem anderen Tag in der Stadt in der Stadt immer fallen soll, möcht ich mir ein Gewand geben. Wenn ihr irgend eine Kommission in der Stadt zu machen habet, bedient euch meiner; ich bin vollständig zu eurer Verfügung.“ „Voté“ ist in der „Gedächtnisrede“ und „Voté“ ist in der „Gedächtnisrede“.

Die türkische Thronrede. Sultan Mehmed VI. hat die Thronrede im Namen des Vaters gesprochen. In der Thronrede heißt es u. a.:

Der Angriff der Feinde, der vor allen Nationen unser Vaterland in dem Augenblick erfolgte, da das Reich kaum den Frieden mit Italien und eine weitere

Privatimpfung

Dienstag, 19. Mai und Mittwoch, 20. Mai
nachmittags von 3 1/2 — 4 1/2 Uhr.
3072 Dr. med. A. Rohrhirsch.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von 5190
Ztr. Ruhr-Rußkohlen (2820
Ztr. 1. u. 2370 Ztr. II), 710 Ztr.
Anthrazitkohlen, 360 Ztr.
Sibiritisch, sowie 207 Meter
Tannen- u. 19 Mtr. Buchen-
scheitholz für die städtischen
Anstalten und Diensträume
soll im Wege der Submission
vergeben werden. Ein Teil der
Kohlen und Briketts ist nach Be-
durf zu liefern.
Interessenten wollen verschlof-
fene Angebote mit der Aufschrift
„Brennstoff-Lieferung“
an den Magistrat einbringen.
Die Öffnung der Angebote findet
am Donnerstag, 24. Mai
d. J., vorm. 11 Uhr, im Stadt-
sekretariate (Rathaus, Zimmer
Nr. 3) statt.

Fulda, den 14. Mai 1914.
3067 Der Magistrat.

Königliche Oberförsterei Wadenzell. Rutz- und Brennholz- Verkauf

am Freitag, den 22. Mai,
vormittags 9 1/2 Uhr
in der Wadenzeller Gastwirtschaft
zu Steinhaus.

Im ganzen Revier:
Eichen: 13 Stämme = 4,53 fm,
18 Stämme 2., 3. Kl., 15 Rutz-
knüppel, 39 Scheite, 67 Knüppel,
12 Stöcke 1., 12 Reis 1.,
645 Reis 3.
Buchen: 9 Scheite, 12 Knüppel,
14 Reis 1.
Fichten: 2 Stämme 0,54,
7 Knüppel.
Kiefern: 4 Stämme 1,39, 8 Scheite,
9 Knüppel, 3 Reis 1.
Kiefer: 11 Stämme = 7,02,
193 Bauflämme 3. A. = 79,90,
2 Scheite, 136 Knüppel, 145
Stöcke 1., 1097 Reis 1.,
160 Reis 3.

Der im Termin anwesende
Auktioner nimmt Zahlung ent-
gegen. Der Begemeister Wieg
erteilt über das zum Verkauf
kommende Holz nähere Auskunft.
Wünsche auf Vorkaufteilnahme sind
möglichst bald an die Ober-
försterei zu richten. (1415)



Es ist uns eine langjährige Er-
fahrung bekannt, wie eine gute
„Jauchepumpe“ ausseht, und wir
haben uns bemüht, diese Erfahrung
in die Konstruktion unserer
Pumpen zu verwerthen. Wir möchten
daher auch unterlassen, zu versichern,
dass unsere Pumpen in jeder Hinsicht
den Anforderungen entsprechen.
Auf Wunsch werden wir auch
Zusammenbauzeichnungen
Lichtentwurf
Frankfurt a. M., Zell 12.



Es gibt keine
bessere
Jauchepumpe
als unser
Modell 1914.
(Jede Pumpe zur Probe).

Fuldaer Maschinenfabrik
Metall- und Eisengießerei
Paul Keil, Fulda.

Hilfskern, zuverlässiger und
ehrlich. Arbeiter
kann sofort eintreten. (3026)
Kohlenhandlung Wiegand.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute
morgen 9 1/2 Uhr unsern lieben, guten Sohn
und Bruder,

Friseurgehilfe Albert Gärtner,

nach langem, schwerem Leiden, im 21 Lebens-
jahre, öfters gestärkt durch den Empfang der
hl. Sterbesakramente, in ein besseres Jenseits
abzurufen.

FULDA, den 14. Mai 1914.

Die trauernden Hinterbliebenen:

August Gärtner, Schneidermeister,
Maria Gärtner,
Robert Gärtner.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 17. Mai,
4 1/2 Uhr, am neuen städtischen Friedhof statt.

Die Beerdigung wird Samstag, den 16. Mai,
morgens 8 Uhr in der Stadtkirche abgehalten. (3066)



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute
nachmittags 1/3 Uhr meinen innigstgeliebten,
unvergesslichen Gatten, unseren guten, treu-
sorgenden Vater, Bruder, Schwiegersohn, Onkel
und Schwager

Lehrer Joseph Robert Vogt

nach schwerer mit grosser Geduld ertragener
Krankheit, im 46. Jahre seines Lebens und im
25. seines Lehramtes, wohlvertraut mit den
hl. Sterbesakramenten, in die Ewigkeit abzurufen.
Wir empfehlen die Seele des lieben Ver-
storbenen dem Gebete der Gläubigen und dem
Memento der Priester am Altare.

Zella, Kallstedt, Bonn a. Rh., Hannover,
Essen, Leinetal, den 4. Mai 1914.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Die trauernde Gattin:

Anna Vogt, geb. Wintersinger, und Kinder.

Die Beerdigung findet Montag den 18. Mai,
nachmittags um 3 Uhr in Zella statt. Das
erste Sterbeamt wird Montag morgen 9 Uhr
abgehalten werden.

In den fünf Privatklagejahren:

1. des Ritters Anton Dieck in Hünfeld,
2. des Weibbinders Joseph Kemmer in Hünfeld,
3. des Wagner Karl Dieck in Hünfeld,
4. des Schmiedemeisters August Kemmer in Hünfeld,
5. des Wagnermeisters Christoph Arnold in Hünfeld,

jämlich vertreten durch Rechtsanwalt Bachhaus in Hünfeld,
gegen

den Wagner Friedrich Bahner in Hünfeld, Angeklagten, wegen

Beleidigung,

ist in der Hauptverhandlung vor dem Königl. Schöffengericht
in Hünfeld am 14. Mai 1914 folgender Vergleich geschlossen worden:
Der Angeklagte erklärt auf die erhobenen fünf Privatklagen,
dass er die in seinen Schreiben an den Bedanten Schmeier
hier vom 22. Februar 1914 enthaltenen beleidigenden Be-
merkungen als unwahr mit Bedauern zurücknimmt und die
Privatkläger wegen dieser Beleidigungen um Verzeihung bittet.
Er erklärt sich damit einverstanden, dass diese Erklärung durch
einmalige Einsichtung in das hiesige Kreisblatt und in die
Fuldaer Zeitung auf seine Kosten veröffentlicht wird, zählt
binnen einer Woche an den Bevollmächtigten der Privatkläger
eine Summe von 100 Mark, und zwar 50 Mark an die katholische
Kirche in Hünfeld für Zwecke der Jugend, 25 Mark an das
städtische Bürgerhospital in Hünfeld und 25 Mark an den
Kreisbauverein in Hünfeld.

Die gegen Herrn Anton Dieck und gegen Herrn Karl Dieck
erhobenen Widerklagen nimmt der Angeklagte zurück und trägt
die Kosten der fünf Privatklagen und der zwei Widerklagen.

Bezahltigt

Bachhaus,

Rechtsanwalt u. Notar.



Inschneide-Schule

für moderne Damen- und Kinder-Garderobe
sowie Wäsche- und Schneiderei von

Geschw. Haney, Fulda, (Hauptstr. 25).

Neueste Schnitt- und Maß-Methoden.

Sichere Technik und Vorzüge haben gerne zu Diensten. (225)

Auf vielseitigen Wunsch im großen Stadtsaal
heute abend noch einmal
Auftreten der Tiroler Sänger „Andreas Hofer“
Direktion B. Wilhelm.
Eintritt 1. Platz 75 Pfg., 2. Platz 50 Pfg., 3. Platz 30 Pfg.
Neues Programm. (3071) Die Direktion

Evangel. Gemeindehaus Fulda.
Zur Eröffnung des Wintergartens
Samstag und Sonntag

Konzert.

Spezial-Ausführung: Würzburger Bürgerbräu.

Total - Ausverkauf!

Beisondere Umstände halber gebe ich mein Geschäft auf.
Um schnell zu räumen habe ich auf alle Artikel, die ohnehin schon
billigen Preise noch bedeutend herabgesetzt, zum höchsten Teil
weit unter regulärem Einkaufspreis.

Es gelangen zum Verkauf:

Anzugstoffe für Herren und Knaben. Kostümstoffe,
Platzstoffe. Grober Posen fertige Hosen in Sack-
hem und Manjeheder, großer Posen Sieberreste,
großer Posen Spitzen und Gefachartikel.

Selten günstige Kaufgelegenheit für jedermann. (3045)

Aug. Schenkel, kl. Marktstr. 1,
neben dem Horen- und Goldwarengeschäft Joseph Häppler.

Für 80 Pfg. pro Pfund

prima Rindfleisch, Kalbfleisch und Schweinefleisch, Dör-
fleisch und Speck bei Abnahme von 5 Pfund, soweit der
Vorrat reicht, empfiehlt

Herdinand Schmitt, Simblichenspfad. (3070)

Kreissägen mit Gestell

und rollendem Tisch, nach gesetzlicher Vorschrift

Kreissäge- Lager

ferner sämtliche Transmissionsteile (Wellen, Riemen-
scheiben, Lager usw.) liefert zu Fabrikpreisen, billigt

Fuldaer Maschinenfabrik, Metall- und Eisengießerei

Paul Keil, Fulda. (3065)

Beisondere Umstände halber ist die
Pul'sche Zigarren- und
Weinhandlung
anderweitig zu verpachten. Näh.
bei Fritz Ried sen., Kronen-
wäldchen, 11. (2476)



G. K. Meyer, Drogerie zum
Hauptplatz 11, Fulda.
Telefon 124.

Pneumatik

vortheilhafte Bezugsgüter für
Deden mt. 2.—
Schläuche „ 1.90
Gebirgsdecken „ 4.25
Kompl. 8. Breiter mit Frei-
lauf mit Rädertritts von
39 Mark an. (147)

Kircher-Makorn



Haar-Pflege



KUBELIK
den gelben Violinen
PADEREWSKI
den gelben Flauto

Grammophon
mit der weltberühmten Schallplatte

J. Mollenhauer & Söhne
1025 Hoflieferanten.

Sellen günstige Existenz!

bietet sich Arbeitsamen Leuten durch
Übernahme eines in Fulda in besser
Lage befindlichen Geschäftshauses
mit 2 nachweislich gutgehenden Ge-
schäften, dabei großer Obst- und Ge-
müsegarten. Einige tausend Mark
erforderlich. Off. Anfragen unter
Nr. 3, 3060 an die Exped. d. Bl.

3 Kontor-Schreibtische, 3 Bett- stellen mit Matratzen, ver- schiedene kleine Bettstellen

1 Kinderwagen, 1 gutgehal-
tene Schneidermaschine
1 Uhr, 1 Gasherd, 1 Kleiderbügel,
2 Bettmatten, 1 Schließkasten,
1 Fahrrad, 1 u. 2 Perle, verich.
Gartenmöbel, 8 Kleiderhaken
preiswert zu verkaufen. (3013)

Gut Nr. 1.

Gasherd

Ein gutgehaltener 3-Rohriger
mit 2 u. 3 u. 4 u. 5 u. 6 u. 7 u. 8 u. 9 u. 10 u. 11 u. 12 u. 13 u. 14 u. 15 u. 16 u. 17 u. 18 u. 19 u. 20 u. 21 u. 22 u. 23 u. 24 u. 25 u. 26 u. 27 u. 28 u. 29 u. 30 u. 31 u. 32 u. 33 u. 34 u. 35 u. 36 u. 37 u. 38 u. 39 u. 40 u. 41 u. 42 u. 43 u. 44 u. 45 u. 46 u. 47 u. 48 u. 49 u. 50 u. 51 u. 52 u. 53 u. 54 u. 55 u. 56 u. 57 u. 58 u. 59 u. 60 u. 61 u. 62 u. 63 u. 64 u. 65 u. 66 u. 67 u. 68 u. 69 u. 70 u. 71 u. 72 u. 73 u. 74 u. 75 u. 76 u. 77 u. 78 u. 79 u. 80 u. 81 u. 82 u. 83 u. 84 u. 85 u. 86 u. 87 u. 88 u. 89 u. 90 u. 91 u. 92 u. 93 u. 94 u. 95 u. 96 u. 97 u. 98 u. 99 u. 100 u. 101 u. 102 u. 103 u. 104 u. 105 u. 106 u. 107 u. 108 u. 109 u. 110 u. 111 u. 112 u. 113 u. 114 u. 115 u. 116 u. 117 u. 118 u. 119 u. 120 u. 121 u. 122 u. 123 u. 124 u. 125 u. 126 u. 127 u. 128 u. 129 u. 130 u. 131 u. 132 u. 133 u. 134 u. 135 u. 136 u. 137 u. 138 u. 139 u. 140 u. 141 u. 142 u. 143 u. 144 u. 145 u. 146 u. 147 u. 148 u. 149 u. 150 u. 151 u. 152 u. 153 u. 154 u. 155 u. 156 u. 157 u. 158 u. 159 u. 160 u. 161 u. 162 u. 163 u. 164 u. 165 u. 166 u. 167 u. 168 u. 169 u. 170 u. 171 u. 172 u. 173 u. 174 u. 175 u. 176 u. 177 u. 178 u. 179 u. 180 u. 181 u. 182 u. 183 u. 184 u. 185 u. 186 u. 187 u. 188 u. 189 u. 190 u. 191 u. 192 u. 193 u. 194 u. 195 u. 196 u. 197 u. 198 u. 199 u. 200 u. 201 u. 202 u. 203 u. 204 u. 205 u. 206 u. 207 u. 208 u. 209 u. 210 u. 211 u. 212 u. 213 u. 214 u. 215 u. 216 u. 217 u. 218 u. 219 u. 220 u. 221 u. 222 u. 223 u. 224 u. 225 u. 226 u. 227 u. 228 u. 229 u. 230 u. 231 u. 232 u. 233 u. 234 u. 235 u. 236 u. 237 u. 238 u. 239 u. 240 u. 241 u. 242 u. 243 u. 244 u. 245 u. 246 u. 247 u. 248 u. 249 u. 250 u. 251 u. 252 u. 253 u. 254 u. 255 u. 256 u. 257 u. 258 u. 259 u. 260 u. 261 u. 262 u. 263 u. 264 u. 265 u. 266 u. 267 u. 268 u. 269 u. 270 u. 271 u. 272 u. 273 u. 274 u. 275 u. 276 u. 277 u. 278 u. 279 u. 280 u. 281 u. 282 u. 283 u. 284 u. 285 u. 286 u. 287 u. 288 u. 289 u. 290 u. 291 u. 292 u. 293 u. 294 u. 295 u. 296 u. 297 u. 298 u. 299 u. 300 u. 301 u. 302 u. 303 u. 304 u. 305 u. 306 u. 307 u. 308 u. 309 u. 310 u. 311 u. 312 u. 313 u. 314 u. 315 u. 316 u. 317 u. 318 u. 319 u. 320 u. 321 u. 322 u. 323 u. 324 u. 325 u. 326 u. 327 u. 328 u. 329 u. 330 u. 331 u. 332 u. 333 u. 334 u. 335 u. 336 u. 337 u. 338 u. 339 u. 340 u. 341 u. 342 u. 343 u. 344 u. 345 u. 346 u. 347 u. 348 u. 349 u. 350 u. 351 u. 352 u. 353 u. 354 u. 355 u. 356 u. 357 u. 358 u. 359 u. 360 u. 361 u. 362 u. 363 u. 364 u. 365 u. 366 u. 367 u. 368 u. 369 u. 370 u. 371 u. 372 u. 373 u. 374 u. 375 u. 376 u. 377 u. 378 u. 379 u. 380 u. 381 u. 382 u. 383 u. 384 u. 385 u. 386 u. 387 u. 388 u. 389 u. 390 u. 391 u. 392 u. 393 u. 394 u. 395 u. 396 u. 397 u. 398 u. 399 u. 400 u. 401 u. 402 u. 403 u. 404 u. 405 u. 406 u. 407 u. 408 u. 409 u. 410 u. 411 u. 412 u. 413 u. 414 u. 415 u. 416 u. 417 u. 418 u. 419 u. 420 u. 421 u. 422 u. 423 u. 424 u. 425 u. 426 u. 427 u. 428 u. 429 u. 430 u. 431 u. 432 u. 433 u. 434 u. 435 u. 436 u. 437 u. 438 u. 439 u. 440 u. 441 u. 442 u. 443 u. 444 u. 445 u. 446 u. 447 u. 448 u. 449 u. 450 u. 451 u. 452 u. 453 u. 454 u. 455 u. 456 u. 457 u. 458 u. 459 u. 460 u. 461 u. 462 u. 463 u. 464 u. 465 u. 466 u. 467 u. 468 u. 469 u. 470 u. 471 u. 472 u. 473 u. 474 u. 475 u. 476 u. 477 u. 478 u. 479 u. 480 u. 481 u. 482 u. 483 u. 484 u. 485 u. 486 u. 487 u. 488 u. 489 u. 490 u. 491 u. 492 u. 493 u. 494 u. 495 u. 496 u. 497 u. 498 u. 499 u. 500 u. 501 u. 502 u. 503 u. 504 u. 505 u. 506 u. 507 u. 508 u. 509 u. 510 u. 511 u. 512 u. 513 u. 514 u. 515 u. 516 u. 517 u. 518 u. 519 u. 520 u. 521 u. 522 u. 523 u. 524 u. 525 u. 526 u. 527 u. 528 u. 529 u. 530 u. 531 u. 532 u. 533 u. 534 u. 535 u. 536 u. 537 u. 538 u. 539 u. 540 u. 541 u. 542 u. 543 u. 544 u. 545 u. 546 u. 547 u. 548 u. 549 u. 550 u. 551 u. 552 u. 553 u. 554 u. 555 u. 556 u. 557 u. 558 u. 559 u. 560 u. 561 u. 562 u. 563 u. 564 u. 565 u. 566 u. 567 u. 568 u. 569 u. 570 u. 571 u. 572 u. 573 u. 574 u. 575 u. 576 u. 577 u. 578 u. 579 u. 580 u. 581 u. 582 u. 583 u. 584 u. 585 u. 586 u. 587 u. 588 u. 589 u. 590 u. 591 u. 592 u. 593 u. 594 u. 595 u. 596 u. 597 u. 598 u. 599 u. 600 u. 601 u. 602 u. 603 u. 604 u. 605 u. 606 u. 607 u. 608 u. 609 u. 610 u. 611 u. 612 u. 613 u. 614 u. 615 u. 616 u. 617 u. 618 u. 619 u. 620 u. 621 u. 622 u. 623 u. 624 u. 625 u. 626 u. 627 u. 628 u. 629 u. 630 u. 631 u. 632 u. 633 u. 634 u. 635 u. 636 u. 637 u. 638 u. 639 u. 640 u. 641 u. 642 u. 643 u. 644 u. 645 u. 646 u. 647 u. 648 u. 649 u. 650 u. 651 u. 652 u. 653 u. 654 u. 655 u. 656 u. 657 u. 658 u. 659 u. 660 u. 661 u. 662 u. 663 u. 664 u. 665 u. 666 u. 667 u. 668 u. 669 u. 670 u. 671 u. 672 u. 673 u. 674 u. 675 u. 676 u. 677 u. 678 u. 679 u. 680 u. 681 u. 682 u. 683 u. 684 u. 685 u. 686 u. 687 u. 688 u. 689 u. 690 u. 691 u. 692 u. 693 u. 694 u. 695 u. 696 u. 697 u. 698 u. 699 u. 700 u. 701 u. 702 u. 703 u. 704 u. 705 u. 706 u. 707 u. 708 u. 709 u. 710 u. 711 u. 712 u. 713 u. 714 u. 715 u. 716 u. 717 u. 718 u. 719 u. 720 u. 721 u. 722 u. 723 u. 724 u. 725 u. 726 u. 727 u. 728 u. 729 u. 730 u. 731 u. 732 u. 733 u. 734 u. 735 u. 736 u. 737 u. 738 u. 739 u. 740 u. 741 u. 742 u. 743 u. 744 u. 745 u. 746 u. 747 u. 748 u. 749 u. 750 u. 751 u. 752 u. 753 u. 754 u. 755 u. 756 u. 757 u. 758 u. 759 u. 760 u. 761 u. 762 u. 763 u. 764 u. 765 u. 766 u. 767 u. 768 u. 769 u. 770 u. 771 u. 772 u. 773 u. 774 u. 775 u. 776 u. 777 u. 778 u. 779 u. 780 u. 781 u. 782 u. 783 u. 784 u. 785 u. 786 u. 787 u. 788 u. 789 u. 790 u. 791 u. 792 u. 793 u. 794 u. 795 u. 796 u. 797 u. 798 u. 799 u. 800 u. 801 u. 802 u. 803 u. 804 u. 805 u. 806 u. 807 u. 808 u. 809 u. 810 u. 811 u. 812 u. 813 u. 814 u. 815 u. 816 u. 817 u. 818 u. 819 u. 820 u. 821 u. 822 u. 823 u. 824 u. 825 u. 826 u. 827 u. 828 u. 829 u. 830 u. 831 u. 832 u. 833 u. 834 u. 835 u. 836 u. 837 u. 838 u. 839 u. 840 u. 841 u. 842 u. 843 u. 844 u. 845 u. 846 u. 847 u. 848 u. 849 u. 850 u. 851 u. 852 u. 853 u. 854 u. 855 u. 856 u. 857 u. 858 u. 859 u. 860 u. 861 u. 862 u. 863 u. 864 u. 865 u. 866 u. 867 u. 868 u. 869 u. 870 u. 871 u. 872 u. 873 u. 874 u. 875 u. 876 u. 877 u. 878 u. 879 u. 880 u. 881 u. 882 u. 883 u. 884 u. 885 u. 886 u. 887 u. 888 u. 889 u. 890 u. 891 u. 892 u. 893 u. 894 u. 895 u. 896 u. 897 u. 898 u. 899 u. 900 u. 901 u. 902 u. 903 u. 904 u. 905 u. 906 u. 907 u. 908 u. 909 u. 910 u. 911 u. 912 u. 913 u. 914 u. 915 u. 916 u. 917 u. 918 u. 919 u. 920 u. 921 u. 922 u. 923 u. 924 u. 925 u. 926 u. 927 u. 928 u. 929 u. 930 u. 931 u. 932 u. 933 u. 934 u. 935 u. 936 u. 937 u. 938 u. 939 u. 940 u. 941 u. 942 u. 943 u. 944 u. 945 u. 946 u. 947 u. 948 u. 949 u. 950 u. 951 u. 952 u. 953 u. 954 u. 955 u. 956 u. 957 u. 958 u. 959 u. 960 u. 961 u. 962 u. 963 u. 964 u. 965 u. 966 u. 967 u. 968 u. 969 u. 970 u. 971 u. 972 u. 973 u. 974 u. 975 u. 976 u. 977 u. 978 u. 979 u. 980 u. 981 u. 982 u. 983 u. 984 u. 985 u. 986 u. 987 u. 988 u. 989 u. 990 u. 991 u. 992 u. 993 u. 994 u. 995 u. 996 u. 997 u. 998 u. 999 u. 1000 u. 1001 u. 1002 u. 1003 u. 1004 u. 1005 u. 1006 u. 1007 u. 1008 u. 1009 u. 1010 u. 1011 u. 1012 u. 1013 u. 1014 u. 1015 u. 1016 u. 1017 u. 1018 u. 1019 u. 1020 u. 1021 u. 1022 u. 1023 u. 1024 u. 1025 u. 1026 u. 1027 u. 1028 u. 1029 u. 1030 u. 1031 u. 1032 u. 1033 u. 1034 u. 1035 u. 1036 u. 1037 u. 1038 u. 1039 u. 1040 u. 1041 u. 1042 u. 1043 u. 1044 u. 1045 u. 1046 u. 1047 u. 1048 u. 1049 u. 1050 u. 1051 u. 1052 u. 1053 u. 1054 u. 1055 u. 1056 u. 1057 u. 1058 u. 1059 u. 1060 u. 1061 u. 1062 u. 1063 u. 1064 u. 1065 u. 1066 u. 1067 u. 1068 u. 1069 u. 1070 u. 1071 u. 1072 u. 1073 u. 1074 u. 1075 u. 1076 u. 1077 u. 1078 u. 1079 u. 1080 u. 1081 u. 1082 u. 1083 u. 1084 u. 1085 u. 1086 u. 1087 u. 1088 u. 1089 u. 1090 u. 1091 u. 10

Zur Streifenbahnfrage

(12) Der Wiederherstellung des Hauptrohrstranges alter Wasserleitung in der Unterführung bei Brunnentheil stellten sich doch mehrere Hindernisse entgegen, als man anfänglich annehmen konnte. Unter Leitung des Wasserwerksintendanten Busch wurde, nachdem Meteropere, Blei, Feerzide und das nöthige Werkzeug nach der Buchstelle geschafft war, mit den Aufgrabungsarbeiten begonnen, und da zeigte es sich denn, daß auf eine Länge von drei Metern ein neuer 275 Millimeter im inneren Durchmesser bestehender Hauptrohrstrang völlig aneinandergerissen war. Ein Rohrstück von 3 Meier Länge war in etwa 12—15 einzelne größere und eine ganze Anzahl kleinerer Stücke durch ein ungeheures Fund des Wassers förmlich zerissen worden. Ein solches zerhackenes Rohr hat eine Wandstärke von 20 Millimeter. Jedes einzelne Stück ist unter 15 Atmosphären Druck gepreßt, ehe es zur Verwendung kommt. Dieses kann man sich einen Begriff von der unheimlichen Gewalt des Wasserdrucks, von der Höhe des Geyfers nach dieser Stelle machen. Nachdem die Trümmer des alten Rohres, welche in Sand und Geröl permanent waren, herausgenommen hatten (der Rohrstrang war selbstverständlich vorher beim nächsten Schieber bei Brunnentheil abgestellt worden), zeigte es sich, daß der Einbau des neuen Rohres, welches mittelst zweier Klappen an den Rohrstücken angegliedert werden sollte, bei an dieser Stelle zulassende Kalkstein in einem großen Maß abgemergelt werden mußte. Erst nach Beendigung dieser höchst anstrengenden Arbeit konnte der Einbau des neuen Rohres vollzogen werden. Obwohl die Leitung und die Arbeiter sich die erdennöthigen Maße gaben, waren die gesamten Arbeiten erst um 6½ Uhr beendet und erleuchtete erstrahlte unsere Leuchttürme auf, als der „gelbe Hahn“ nach 1 Uhr wieder den gewohnten Stahl von sich gab. Herr Oberingenieurmeister Dr. Antoni reiste am Ende des vorigen Tages nach Weimol an Ort und Stelle, um sich von Fortgang der Arbeiten persönlich zu überzeugen. — In mannigfacher Hinsicht

Der Prinz Heinrich-Rino, der in der nächsten Woche nach Italien, wird keine offizielle Route von nicht über Fulda nehmen. Ammerbin hat uns wenigstens die Gewissheit recht erheblichen Aufschub gebracht. Gestern abend gegen 7 Uhr überließ abermals ein Eindecker unsere Stadt, der sich für die Wahrheitsliebe nach auf dem Wege zum Schloss in Darmstadt befand. Für den Prinz-Heinrich-Rino, der meistens von und von Frankfurt über Marburg nach Kassel fährt, werden jetzt große Vorkehrungen getroffen. Auf der unteren Plattform des Feldbergturmes wird für den Prinz, durch die Firmen Julius Ritsch u. Co. Berlin-Frankfurt, ein Riesenklinkerfeuer eingerichtet, das das größte bis hierher gebaute sein wird. Eine gewaltige

(*) Hundertmarktscheine mit Kesselaufdruck. Gewöhnlich sind Hundertmarktscheine im größeren Bezuge im Umlauf, die als Kesselaufdruck den Stempel ausländischer, namentlich schweizerischer Hotels tragen. Während diese Scheine im freien Verkehr bisher nicht beandstandet sind, hat die Bank des Berner Kassenvereins die Annahme bezüglicher Banknoten jetzt mit der Begründung abgelehnt, daß bei Zahlungen an die Reichsbank dieses Institut die mit Kesselaufdruck versehenen Scheine behufs näherer Prüfung zunächst einbehält. Da diese Prüfung mehrere Wochen in Anspruch nehmen kann, bevor die Einlösung durch die Reichsbank erfolgt, erscheint vorläufig bei der Annahme der mit Kesselaufdruck versehenen Scheine geboten.

NESTLE
Allbewährte Nahrung
für Kinder und Kranke

